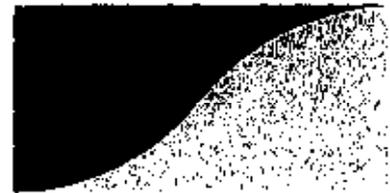


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: DB 96 846 pbbn d



Inhalt

**Erwin Stahl MdB, Parla-
mentarischer Staatssekre-
tär beim Bundesminister
für Forschung und Tech-
nologie, zum Verzicht auf
das Großprojekt ZEPHYR:
Keine Gefährdung der Fu-
sionsforschung.** Seite 1/2

**Uwe Holtz MdB verurteilt
die Praxis der südafrika-
nischen Behörde für Ras-
senzuordnung und -neuor-
dnung: Gottgewolltes Ras-
sistenregime?** Seite 3

**Ulrich Dübber MdB kom-
mentiert die DINT-For-
derung nach einer flächen-
deckenden Verkabelung
des Bundesgebietes: Jetzt
ist der Bundestag gefragt.**
Seite 4

**Wolfgang Metz untersucht
die Aschermittwochrede
von F.J. Strauß: Offener
Aufruf zur Sonthofener
Konfliktstrategie.**
Seite 5

**Dokumentation: Juso-Ar-
beitspapier "Vorrang für
Abrüstung".** Seite 6-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 44

5. März 1981

Keine Gefährdung der Fusionsforschung

Zum Verzicht auf das Großprojekt ZEPHYR

Von Erwin Stahl MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Forschung und Technologie

Die haushaltspolitisch notwendigen Kürzungen für das Jahr 1981 haben im Bereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie erhebliche Auswirkungen gehabt. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen haben deshalb auch vor dem Bereich der Fusionsforschung nicht haltmachen können. Hier war es vor allem das physikalische Großexperiment ZEPHYR des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik (IPP) in Garching bei München, das für Schlagzeilen in den Medien gesorgt hat. Besonders kritische Kommentatoren vertraten sogar die Ansicht, daß durch Kürzungen bei der Fusionsforschung eine Gefährdung der langfristigen Energieversorgung unseres Landes eintreten würde. Dies ist bei allem Verständnis für die Grundlagenforschung schlicht falsch.

Hierzu scheinen mir einige klärende Worte angebracht zu sein. Die Fusionsforschung ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht neu, da die prinzipielle Bedeutung der kontrollierten Kernfusion als Energiequelle mit sehr großem Potential schon vor mehreren Jahrzehnten erkannt worden ist. Sowohl die zugrundeliegende Physik wie auch die Technologie zur praktischen Gewinnung der Fusionsenergie sind aber von höchstem Schwierigkeits- und Unsicherheitsgrad. Dem entsprechend waren und sind auch heute noch die entsprechenden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernfusion: Bis Ende 1979 sind in unserem Land 1,2 Milliarden DM ausgegeben worden, und die Aufwendungen für die kommenden Jahre werden sich auch weiterhin in der Größenordnung von 130 Millionen DM pro Jahr bewegen.

Trotz dieser Förderung ist es bisher nicht gelungen, den großen Durchbruch bei der Fusionsforschung zu erreichen, das heißt aus einem Fusionsexperiment mehr Energie wieder herauszubekommen als vorher hineingesteckt worden ist. Deshalb hat man auch noch keine exakte Vorstellung darüber wie ein Fusionsreaktor später einmal konstruiert werden könnte. Der Einsatz dieser Energiequelle für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland liegt daher - wenn man die Entwicklung überhaupt schafft - noch in sehr weiter Zukunft.



Die Einschätzung dieser Situation ist weltweit gleich, obwohl die Anstrengungen in vergleichbaren Industrienationen ähnlich waren, wenn bei uns nicht sogar höher als in den USA. Die Europäer haben sich wegen der hohen finanziellen Aufwendungen, die mit der Fusionsforschung verbunden sind, zu einem gemeinsamen Programm zusammengefunden, das von EUROATOM koordiniert wird. Größtes gemeinsames Projekt dieses Forschungsverbandes ist der sogenannte Joint European-Torus oder auch abgekürzt JET, der zur Zeit in Großbritannien errichtet wird.

Größtes Zentrum der deutschen Fusionsforschung ist das Max-Planck-Institut für Plasma-physik in Garching. In ihm werden mit den Anlagen ASDEX und Wendelstein VII zwei Großexperimente betrieben, mit denen das Institut sich weltweit gerade in jüngster Zeit große wissenschaftliche Anerkennung erworben hat. Als weitere Großanlagen sollte das Experiment ZEPHYR hinzukommen. Mit diesem Projekt, das nach ersten Schätzungen einen Aufwand von mindestens 500 Millionen DM erforderlich gemacht hätte, war vorgesehen, die Physik eines gezündeten Plasmas zu erforschen.

Dieses aufwendige Vorhaben stellte zwar ein wissenschaftlich hoch interessantes Experiment dar, wäre aber auf dem Weg zum Fusionsreaktor - wenn überhaupt - nur ein kleiner Schritt, aber nicht der entscheidende Durchbruch gewesen. Hinzu kommt, daß keineswegs sicher ist, ob nicht einige der mit ZEPHYR angestrebten Ziele auch mit JET erreicht werden könnten. Wenn das Projekt ZEPHYR, das sich zur Zeit in der Konzeptphase befindet, nach planmäßiger Fertigstellung dieses Arbeitsschrittes nun im nächsten Jahr nicht begonnen werden kann, wie es ursprünglich geplant war, dann kann man nicht von einer Gefährdung der gesamten Fusionsforschung in unserem Land und darüber hinaus sogar unserer langfristigen Energieversorgung sprechen.

Dies wird auch noch durch einen anderen Aspekt beleuchtet: ZEPHYR und JET sind Maschinen, mit denen die Fusion über die sogenannte Tokamak-Anordnung erreicht werden soll. Daneben gibt es aber auch andere Anordnungen, an denen bei uns und weltweit geforscht wird, wie etwa das Stellaratorprinzip, die Spiegelmaschinen oder die Fusion mit Laserstrahlen. Wir wissen heute noch nicht, und dies ist in der Wissenschaft unbestritten, welche dieser Entwicklungen später einmal zum Ziel führen könnte, und ob dieses Ziel technologisch überhaupt zu erreichen ist.

Für die Forscher in Garching bedeutet die Nichtrealisierung von ZEPHYR keineswegs, daß sie nichts mehr zu tun hätten. Mit den vorhandenen Großexperimenten ist noch viel wertvolle Forschungsarbeit zu leisten; die Zuarbeit für JET stellt hohe Anforderungen und nicht zuletzt der Entwurf neuer Experimente, die sich dann hoffentlich im vorhandenen finanziellen Rahmen verwirklichen lassen, wird große Herausforderungen bringen.

Die Rahmenbedingungen der knapper werdenden Finanzen ist aber nicht nur ein Problem der Fusionsforscher. Dies gilt auch auf anderen Gebieten und so mancher Forscher und Wissenschaftler wird sich in Zukunft genauer überlegen müssen, ob seine verständliche Forderung nach mehr Geld für die ihn interessierenden Gebiete nicht zu unzumutbaren Härten und forschungspolitisch nicht zu vertretenden Entscheidungen bei anderen Disziplinen und Vorhaben führt. Bei derartigen Summen für ein Einzelprojekt können wir nicht mehr so viele angehen wie früher und müssen auch mal nein sagen. Dies gilt vor allem, wenn es um Projekte geht, die zeitlich nicht so drängend sind, wie es manchmal den Anschein haben mag. Dies ist vor allem die entscheidende Erkenntnis, die wir aus den Diskussionen um das Projekt ZEPHYR und die Debatte um die Fusionsforschung ziehen sollen.

+

+

+



Gottgewolltes Rassistenregime?

Südafrikas Rassen-Schnüffler selektieren weiter

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Aus Südafrika hat die Redaktion der bundesdeutschen Medien am Donnerstagmorgen ein Bericht der Deutschen Presseagentur erreicht, der den von den dort noch regierenden Machthabern betriebenen Rassenwahn erschreckend verdeutlicht. Die Agentur berichtet über die jüngste Antwort der südafrikanischen Regierung auf die jährliche Anfrage der Opposition nach der "Leistungsbilanz" der Behörde für Rassenzuordnung und -neuordnung:

"Die 'Klassifizierungs-Beamten' im Innenministerium haben 1980 in Südafrika 152 Menschen aus einer Rassengruppe in eine andere eingeordnet. 133 davon waren bislang 'Kap-Mischlinge', Nachfahren also der Verbindung zwischen europäischen Einwanderern und Buschmann-Eingeborenen. Sie wurden zu Weißen ernannt. Einer aus der privilegierten Gruppe der Weißen und vier bisherige Inder (Abkömmlinge indischer Einwanderer) wurden zu Kap-Mischlingen. Drei braunhäutige Mischlinge der Untergruppe 'Malayen' (Nachkommen von Einwanderern und Sklaven aus Malaysia) wurden zu Kap-Mischlingen ernannt. Drei Weiße wurden zu Chinesen umgruppiert, ein weiterer Weißer und ein Inder zum Malayen.

Die jüngste Statistik erschöpft nicht alle Möglichkeiten, die das Gesetz über die Klassifizierung der Mischlinge bietet. So tauchen diesmal weder die 'Griquas' auf (Nachfahren der Mischung von Hottentotten und Europäern) noch die als Sansibar-Araber bezeichneten 'anderen Asiaten', die einst von der Gewürzinsel nach Süden kamen. Auch die 'anderen Mischlinge' fehlen, die wegen der Gesetzesdefinition als nicht zu anderen braunhäutigen Gruppen gehörende mitunter die 'Nicht-Leute' genannt werden."

Was sich hinter diesen Umgruppierungen verbirgt, kann tatsächlich nur noch mit dem Schicksal deutscher Bürger verglichen werden, denen die Nazi-Rassenschnüffler in den ersten Jahren der braunen Diktatur die Existenz deshalb vernichteten, weil sie Juden oder Zigeuner waren. Die Nürnberger Gesetze feiern in dieser "Republik" schreckliche Urstände.

Politiker der regierenden Nationalen Partei nennen - obgleich viele von ihnen als Nachfahren der ersten Einwanderer selbst strenggenommen Mischlinge sind - diese Selektion gottgewollt. Kritik wurde in einer Debatte des Parlaments als satanischer Angriff bezeichnet, "um den Plan des Allerhöchsten zu vernichten".

Dieser unverbesserlichen Haltung ist mit Nachsicht und Geduld nicht mehr zu begegnen. Die Bundesregierung sollte eingedenk der deutschen Erfahrungen mit Rassenfanatikern ihre besondere Verantwortung vor der Menschheit in der Weise unterstreichen, daß sie ihre Verbindungen zu dem Rassistenregime überprüft. Manche Beziehungen werden sich nicht von heute auf morgen kappen lassen. Verträge und Vorteile jedoch, die allein den weißen Machthabern nutzen, sollten gekündigt werden, wie zum Beispiel die Visabefreiung für Südafrikaner. Gleichzeitig müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um die benachteiligte Bevölkerungsmehrheit bei ihren Bemühungen um politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung zu unterstützen, vor allem durch die Intensivierung der Verbindungen zwischen diesem Teil der Bevölkerung und der Bundesrepublik.

(-/5.3.1981/hl/ca)

+

+

+



Jetzt ist der Bundestag gefragt

Es gibt keine weißen Flecken auf der Medienlandkarte

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Massenmedien
der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA)

Nun will auch der Deutsche Industrie- und Handelstag seinen Beitrag zum Verlegerfernsehen leisten. In einem Brief an den Bundeswirtschaftsminister hat er die flächendeckende Verkabelung des Bundesgebietes gefordert und sich dagegen ausgesprochen auf medienpolitische Grundsatzentscheidungen zu warten.

Zwei Gründe sind es gewesen, die bisher für eine behutsame Gangart auf dem Weg zu den neuen Medien Kabelfernsehen und Staellitenfunk maßgeblich waren. Zum einen besteht in der Bundesrepublik Vollversorgung mit Hörfunk und Fernsehen durch das terrestrische (erdgebundene) Netz. Wo Störungen zum Beispiel durch Hochhäuser auftraten, hat sich die Bundespost bemüht, die Abschattungen durch Kabelanlagen zu beseitigen. Es gibt also keine "weißen Flecken" auf der Landkarte des Rundfunks. Ob wir weitere Programme benötigen und vor allem, ob wir sie finanzieren können, muß mit Bedacht erörtert werden.

Der zweite Grund ist bedeutender. Niemand kann die organisatorische Gliederung unserer Rundfunklandschaft für optimal halten. Ihre Väter sind die Generale der Besatzungsarmeen von 1945, nicht die deutschen Gesetzgeber. Die haben nur das ZDF gegründet und nicht einmal sorgfältig. Sie verfügten, daß ein Teil der ZDF-Einnahmen aus der Werbung kommen sollte, vergaßen aber die Entscheidung darüber, ob diese Gelder versteuert werden müßten. Das hatte einen jahrelangen quälenden Streit mit den Finanzministern zur Folge, der auch die Anstalt nicht unberührt ließ. Dabei wäre die Werbung im Rundfunk am besten ganz unterblieben. Nach dem Tod vieler kleiner Zeitungen ist sie aus heutiger Sicht ein Sündenfall gewesen.

Da der Rundfunk Ländersache ist, der Bund aber über die Frequenzen verfügt, wird man sich zusammenraufen müssen. Es wird nicht ohne Kompromisse abgehen. Warum eigentlich muß der Bundesforschungsminister aus Steuergeldern den teuren TV-Satellit bezahlen, den wir doch unserer Exportindustrie zuliebe bauen und nicht weil die eigene Rundfunkversorgung mangelhaft ist?

Den Bundestag kann das Gerangel der Interessenten nicht länger unberührt lassen. Er sollte eine Enquete-Kommission aus Abgeordneten und Sachverständigen einsetzen, die einen Vorschlag für den Bereich erarbeiten müßte, auf dem der Bund zuständig ist. Er wäre sodann als faires Angebot den Ländern zu überreichen.

(-/5.3.1981/h1/ca)

+ + +



Offener Aufruf zur Sonthofener Konfliktstrategie

Realitätsferne von Strauß nimmt bedenkliche Formen an

Von Wolfgang Metz

Stellvertretender Pressesprecher der SPD in Bayern

Bei der diesjährigen Kundgebung zum politischen Aschermittwoch hat Strauß eine "Meisterleistung" in der Verdrängung des von ihm zu verantwortenden schlechten Wahlergebnisses der CDU/CSU vollbracht. In einmaliger Realitätsferne, die auch seine politischen Mitstreiter erschrecken muß, wurde die Wahl am 5. Oktober 1980 - so Originalton Strauß - "strategisch gewonnen". Strauß, der die Lotsenmütze noch nie auf den Kopf hatte und - das werden schon die eigenen Leute besorgen - auch nie haben wird, kann seine Wahlniederlage immer noch nicht überwinden. Grenzenlos verbittert und rechthaberisch verteidigt er Positionen, die ihm der Bürger bereits an der Wahlurne aus der Hand geschlagen hat. Er scheut sich sogar nicht, von den "stolzen Zahlen des Wahlergebnisses" zu sprechen, obwohl die Union mit diesem Ergebnis sämtliche Wahlziele verfehlt hatte.

Diese bedenkliche Realitätsferne, die bei Strauß im Hinblick auf die Vergangenheitsbewältigung erkennbar wird, setzt sich nahtlos bei der Beschreibung der Gegenwart fort. In einem Rundumschlag diffamiert er die Diskussion der Sozialdemokraten um die zukünftige Ausgestaltung der Gesellschaft und empfiehlt im gleichen Atemzug die Sonthofener Rezepte von 1974 als Zukunftsstrategie. Da lohnt sich ein kurzer Rückblick: "Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden." "Und jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in der SDP/FDP und CSU/CDU, wir halten jetzt also nun zusammen... - das ist alles blödes Zeug! Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern!" Diese Sonthofener Konfrontationsstrategie will Strauß nun wieder in der Bundesrepublik zum Tragen bringen.

In seiner Aschermittwochrede gab er dazu einen Vorgeschmack, als er sich mit den Demonstrationen in Berlin und Brokdorf beschäftigte. Von "tobenden Kloten" war da die Rede und gerade in Stimmung schob Strauß noch nach, nicht ohne sich vorher noch ausdrücklich zum Rechtsstaat zu bekennen. "Aber die großen Lumpen muß man schwerer aufs Hirn hauen." Damit waren sicher nicht die Häuserspekulanten gemeint.

Wie kann man einen Politiker ernst nehmen, fragte bereits letzte Woche der Landes- und Fraktionsvorsitzende der bayerischen SPD, Dr. Helmut Rothmund, im Pressedienst, der bei der Beschreibung der Lage der Bundesrepublik von einer "weit fortgeschrittenen Kulturrevolution", von einem "drohenden sozialistischen System mit revolutionären Vorzeichen" spricht? - So stand es in der letzten Ausgabe des Bayernkurier.

Sonthofen 1974, Passau 1981, dazwischen Schriftliches im Bayernkurier - Strauß will immer noch die Konfliktstrategie à la Sonthofen. (-/5.3.1981/vo-he/ca)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat aus Anlaß der aktuellen Diskussion über die Nachrüstungsbeschlüsse der Nato ein Arbeitspapier veröffentlicht, das der Juso-Bundesvorsitzende Willi Piecyk und Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung als Zusammenfassung der Diskussionen der Juso-Arbeitstagung "Durch Abrüstung zum Frieden" erarbeitet haben. Wir dokumentieren den Text.

Vorrang für Abrüstung
-----1. USA-Westeuropa

Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik hat dem Frieden zu dienen. Sie hat dabei die deutsche Vergangenheit und ihre regional politische Lage einzubeziehen und gerade in ihrer Bündnispolitik das Friedensziel zum Ausdruck zu bringen. Von daher hat sich die Bundesregierung allen Bestrebungen zu widersetzen, den Charakter der Nato als Verteidigungsbündnis zu verändern. In der Politik der USA ist seit geraumer Zeit ein wachsender Imperialismus gegenüber Staaten und Regionen der Dritten Welt mit einer gleichzeitigen immensen Aufrüstung (Pershing II, Cruise Missiles, MX-Raketensystem) verbunden. Die von der neuen US-Regierung formulierte Politik der "Linkage", welche die Verknüpfung und Lösung einer politischen Krise von der eines anderen Krisenherdes abhängig machen will, würde auf Europa angewendet, das Ende der Entspannungspolitik bedeuten.

Wir haben demgegenüber keine Veranlassung, die Entspannungspolitik in Europa von militärischen Abenteuern der USA in anderen Regionen der Welt abhängig zu machen. Die Reduzierung der Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA mit einer klaren Vertretung ihrer lebenswichtigen Interessen muß deshalb die Politik der Bundesregierung bestimmen. Dazu gehört zunächst die Zurückweisung der geforderten "Arbeitsteilung" innerhalb des Nato-Bündnisses. Jeder direkte Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Nato-Bereiches, jeder indirekte auch (finanzielle) Beitrag zur Unterstützung imperialistischer Interessen der USA ist für uns nicht tragbar. Stattdessen erwarten wir von der Bundesregierung eine klare Unterstützung der Völker, die um eine eigenständige Entwicklung und Selbstbestimmung kämpfen. Unsere Solidarität gehört beispielsweise den Völkern von Nicaragua und El Salvador. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie die Einstellung der Zahlungen durch die Reagan-Regierung durch erhöhte Entwicklungshilfe ausgleicht. Es gibt für die Bundesrepublik keinen Grund ein Regime wie das in der Türkei finanziell und durch Waffenhilfe zu unterstützen, das täglich die Menschenrechte mit Füßen tritt.

2. Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen von SALT und MBFR haben der Welt und Europa noch keine Abrüstung beschert. Die SALT-Abkommen stellen die beiderseitige Begrenzung strategischer Nuklearwaffen nach oben dar, lassen aber sogar teilweises Weiter-rüsten zu. Der NATO-Beschluß vom Dezember 1979, sowie die Nichtunterzeichnung von SALT II durch die USA haben für Europa eine bedrohliche Lage geschaffen. Mit der Nichtunterzeichnung von SALT II entfällt für die SPD gemäß ihrer Beschlußfassung die Voraussetzung der Zustimmung zum NATO-Beschluß. Die neue Lage, die entstanden ist, muß jetzt für Verhandlungen genutzt werden,

- die UdSSR und die USA zu drängen, sofort Verhandlungen zu Begrenzung, Kontrolle, Reduzierung und schließlich Abschaffung nuklearer Mittelstreckenraketen aufzunehmen,
- entsprechend dem Parteitagsbeschluß und zur Erleichterung von Verhandlungen für die loß atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und für die 112 atomaren Marschflugkörper Cruise Missiles gegenüber der NATO einen Stationierungsverzicht für die Bundesrepublik zu erklären,



- sofortiger Stop der Vorbereitungsmaßnahmen für die Stationierung der Mittelstreckenraketen.

Entgegen der angeblichen "Raketenlücke" im Bereich der Mittelstreckenraketen als Begründung für den NATO-Nachrüstungsbeschluß ist festzuhalten, daß für die NATO zwar im Bereich der landgestützten beweglich stationierten Mittelstreckenraketen gegenüber der SS 20 keine Gleichwertigkeit besteht, diese Differenz jedoch durch ihr beweglich see-gestütztes Potential mehr als ausgeglichen wird.

Gegen die Dislozierung der Pershing II Raketen und der Cruise Missiles Flugkörper werden die Jungsozialisten in der SPD allen Widerstand leisten. Alle Bürger sind aufgerufen, sich an außerparlamentarischen Aktionen zu beteiligen und so ihren Beitrag zum Frieden zu leisten.

Ziel der Jungsozialisten bleibt die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Deshalb müssen in Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen für Europa alle in Europa stationierten Nuklearwaffen einbezogen werden. Dazu zählen auch die Nuklearwaffen Großbritanniens sowie die dem NATO-Kommando Saceur unterstellten Poseidon C 3.

Im konventionellen Bereich haben die MBFR-Verhandlungen nach wie vor einen wichtigen Stellenwert. Das Stocken der Verhandlungen und die bisherige Nichteinigung über die Definition dessen, "was wie gezählt wird" ist politisch verursacht und muß politisch aufgebrochen werden. Politisch ist dafür ein Prozeß realer Truppenreduzierung auf beiden Seiten zu beginnen, der vom Abzug fremder Truppen und der Reduzierung verbleibender Truppen gekennzeichnet ist. Für das Gebiet der Bundesrepublik fordern die Jungsozialisten daher:

- den Abzug einer amerikanischen Panzerdivision,
- den Abzug von 1.000 nuklearen Sprengköpfen taktischer Art.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, als Geste ihres Willens zur Abrüstung und zur Festigung des Friedens, einseitige Vorleistungen zu MBFR zu erbringen:

- Erklärung, die Bundeswehr parallel zur Reduzierung der stationierten Truppen ebenfalls zu reduzieren,
- den Rüstungshaushalt einzufrieren.

3. Abrüstung und Abrüstungsplanung in der Bundesrepublik

Seit Bestehen der Bundeswehr steigt der Rüstungsetat in der Bundesrepublik jedoch von Jahr zu Jahr. Für die angeblich notwendige drei Prozent Real-Erhöhung des Rüstungsetats sind die Mittel vorhanden, nicht jedoch die Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Damit muß Schluß sein. Wir Jungsozialisten fordern, Konsequenzen aus den Ergebnissen der Friedens- und Konfliktforschung zu ziehen:

Die institutionellen Möglichkeiten für Abrüstung sind in der Bundesrepublik nur bedingt oder überhaupt nicht vorhanden. Die Kontrolle der Rüstungskontrolle und Abrüstung darf nicht ausschließlich Sache der Regierung bleiben, sondern muß eine Angelegenheit des Parlaments, der Öffentlichkeit und der alternativen Forschung werden. Im organisatorisch und institutionellen Bereich der Abrüstungsplanung fordern die Jungsozialisten:

- Ausweitung der Forschungskapazitäten für Konversion (Umwandlung von Industriekapazitäten für zivile Produktion),
- Umwandlung des Unterausschusses für Rüstungskontrolle in einen regulären Bundestagsausschuß,
- Einsetzung eines nur dem Parlament verantwortlichen Abrüstungsbeauftragten des Bundestages mit der Aufgabe, dem Parlament und der Öffentlichkeit einen jährlichen Abrüstungsbericht vorzulegen,



- die Genehmigung von Rüstungsexporten darf nicht weiter Sache der geheimen Beschlüsse des Bundessicherheitsrates sein; sie muß in Zukunft durch das Parlament erfolgen. Daher muß das Informationsrecht und die Pflicht des Parlamentes gesetzlich verankert werden.

Wir fordern eine Einschränkung von Rüstungsexporten:

- Verbot von Rüstungsexporten außerhalb des NATO-Bereiches.
- Verschärfung des Kriegswaffenkontrollgesetzes mit dem Ziel, bisher nicht erfaßte Waffen und Waffenteile (Handfeuerwaffen) sowie sogenannte zivil-militärische Güter einzubeziehen.
- Gewährleistung des bei Gemeinschaftsproduktionen für alle Partner die oben geforderten Exportbeschränkungen eingehalten werden; andernfalls müssen Koproduktionen verboten werden.
- Parlamentarische Kontrolle des Endverbleibs von Rüstungsexporten sowie eine Endverbleibsklausel für die Gemeinschaftsproduktionen.
- Generelles Verbot des Transfers nuklearer Technologie, unabhängig, ob es sich um ein NATO-Partnerland handelt, oder um einen Staat der Dritten Welt.
- Verbot der Vergabe von Lizenzen zur Herstellung von Waffen.
- Gesetzliche Verankerung der Offenlegungspflicht für die Bundesregierung hinsichtlich aller Waffenexporte.
- Einsetzung eines ständigen Kontrollausschusses zur Überprüfung und Verhinderung von Bestechungen durch die Rüstungsindustrie; diesem Ausschuß müssen Vertreter aus außenpolitischem, verteidigungspolitischen und entwicklungspolitischen Ausschuß angehören.

Hinzu kommt, daß die Arbeitsplätze gerade im Rüstungsexport äußerst unsicher sind, da, bedingt durch die Interessen der Auftraggeber, eine kontinuierliche Auftragslage nicht möglich ist. Militärausgaben haben im Vergleich mit allen übrigen Ausgaben die niedrigsten Beschäftigungsauswirkungen. Ebenso wenig zugkräftig ist der Hinweis auf technologischen Fortschritt aufgrund von Rüstungsproduktion und -entwicklung.

Für den Rüstungssektor in der BRD fordern daher die Jungsozialisten:

- Offenlegung aller Beschaffungsprogramme, aller geplanten Projekte und ihrer Folgeprojekte.
- Veröffentlichung der Kostenrechnungen der Rüstungsindustrie.
- Die Mitbestimmung und das Vorschlagsrecht der Beschäftigten zur Konversion.
- Verbot der Rüstungsbewegung.

5. Frauen und Militär

Reale Abrüstung und Truppenreduzierung und die gleichzeitige Diskussion über den Zugang von Frauen zur Bundeswehr widersprechen einander. Die Jungsozialisten unterstreichen ihre Ablehnung einer Wehrpflicht oder eines Pflichtdienstes für Frauen. Ebenso wenden sich die Jungsozialisten auf das Schärfste gegen den "freiwilligen" Eintritt von



Frauen in die Bundeswehr. Weder die "Ausbildungs- und Arbeitsplatz"-Argumentation, noch das "Gleichberechtigungs"-Argument können die frauenfeindliche Motivation noch die gegen die Frauen gerichteten Folgen vertuschen.

Die bereits jetzt diskutierten Einsatzbereiche beschränken sich hauptsächlich auf untergeordnete Positionen in Schreib-, Nähstube und Küche. Da der "Personalmangel" durch die geburtenschwachen Jahrgänge sich im wesentlichen auf die Wehrpflichtigen bezieht, muß der Verdacht erhoben werden, daß durch einen Gewöhnungsprozeß mit Frauen in Uniform die Wehrpflicht für Frauen vorbereitet wird.

- Aufgrund der blehenden Haltung des Bundesparteitages von Berlin gegenüber dem Zugang von Frauen zur Bundeswehr werden Bundesregierung und Bundestagsfraktion aufgefordert, alle diesbezüglichen Pläne fallen zu lassen.
- Der Bundesverteidigungsminister wird aufgefordert, seine Fragebogenaktion über Einsatzmöglichkeiten bei den Teilstreitkräften sofort einzustellen.
- Statt Einbeziehung weiterer Bevölkerungsteile in die Bundeswehr muß die Priorität auf Truppenreduzierung liegen.

6. Bundeswehr und Demokratie

Ziel von Jungsozialisten und SPD muß eine Politik sein, die die Bundeswehr überflüssig macht. Solange die Bundeswehr als gesellschaftlicher Machtfaktor besteht, muß sie in ihrer inneren Organisation, in ihrer Tradition und ihrer Selbstdarstellung kompromißlos der Demokratie verpflichtet sein. Die vom sozialdemokratischen Verteidigungsminister Apel geförderten und verantworteten Entwicklungen stehen damit nicht im Einklang.

Der Verteidigungsminister wird aufgefordert:

- künftig keine feierlichen Gelöbnisse mehr durchzuführen, sondern die Soldaten in schlichter Form über Rechte und Pflichten zu informieren, wie es auch das Weißbuch 1970/71 gefordert hat,
- die Bundeswehrorden abzuschaffen,
- unverzüglich die nach antidemokratischen Kriegsherren benannten Schiffe, Geschwader und Kasernen durch demokratisch ausgewiesene Namen zu ersetzen.

Die Jungsozialisten wollen demokratische Elemente in der Bundeswehr stärken. Sowohl die Demokratie als auch Abrüstung setzen in der Armee demokratisches Bewußtsein voraus. Zur Demokratisierung der Bundeswehr fordern die Jungsozialisten:

- Stärkung der demokratischen Rechte der Soldaten.
- Verstärkung der demokratischen Kontrolle.
- Verbesserung der politischen Bildung und Ausbau der Inneren Führung.
- Republikanisch-demokratische Traditionen in der Bundeswehr aufzuarbeiten und daran anzuknüpfen.
- Sofortige Beendigung jeglicher Unterstützung für sogenannte bundeswehrfan- beziehungsweise Infor-Clubs.

Entspannungspolitik bedarf der breiten gesellschaftlichen Unterstützung - durch Bürgerinitiativen, durch Jugendverbände, Gewerkschaften und aus dem Bereich der Kirchen.

Die Konservativen versuchen mit allen Mitteln - auch ideologisch gegen die Entspannungspolitik vorzugehen. Unsicherheit in Europa, gerade bei denen, die zweifelnd der Entspannungspolitik folgten, ist auch durch den sowjetischen Eingriff in Afghanistan entstanden. Dieser stellt nach wie vor Bruch des Völkerrechts und Verletzung der territorialen Integrität eines souveränen Staates dar. Auch wenn die Politik der Entspannung teilbar war und teilbar bleiben muß, ist der Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan und die Herstellung eines blockfreien Status mit internationalen Garantien ein wichtiger Schritt für den Frieden.

(-/5.3.1981/vo-he/ca)

